



## Niederschrift

### 55. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 14.01.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Pierre de Coubertin Oberschule, Gagarinstr. 5-7, 14480 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn                      CDUANW

##### Ausschussmitglieder

Frau Andrea Grunert	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Volker Klamke	SPD	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme bis 20:20 Uhr
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	Teilnahme bis 20:30
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	Teilnahme ab 17:50 Uhr

##### sachkundige Einwohner

Frau Hella Drohla	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:25 Uhr
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	Teilnahme bis 20:20 Uhr
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	Teilnahme bis 20:20 Uhr

##### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski                      Beigeordnete  
Geschäftsbereich 2

##### Gast

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung und Sport	
Herr Dietmar Weiberlenn	BL Bildung	Teilnahme bis 19:00 Uhr

Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Latacz-Blume	FB Soziales u. Gesundheit
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Frau Christiane Ohlert	SL Pierre de Coubertin Oberschule
Frau Marion Worseck	Stellv.SL Pierre de Coubertin Oberschule
Frau Dagmar Graefe	Elternvertreterin Pierre de Coubertin Oberschule
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Daniel Wolkenstein	Elternvertreter Grundschule im Bornstedter Feld
Herr Rüdiger Ziemer	SL Sportschule Potsdam
Herr Torsten Heintz	Elternvertreter Sportschule Potsdam
Frau Antja Preuß	Elternvertreterin Sportschule Potsdam
Herr Andreas Klemund	LSH Potsdam GmbH
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Dr. Lutz Henrich	Stadtsportbund
Herr Thomas Braun	Elternvertreter Grundschule im Bornstedter Feld
Herr Thomas Glapick	Elternvertreter Sportschule Potsdam
Frau Anke Klein	Elternvertreterin Sportschule Potsdam
Frau Beate Popp	OSC Mitglied
Herr Peter Konicke	PNN
Frau Grit Weirauch	PNN
Frau Jenny Zumpe	Elternvertreterin Sportschule Potsdam
Herr Matthias Topp	Elternvertreter Grundschule im Bornstedter Feld
Frau Grit Schkölziger	SPD
Frau Christine Weber	Büro OBM
Frau Ildiko Röd	MAR
Herr Peter Rieger	SC Potsdam
Frau Miriam Otto	FB Bildung u. Sport
Herr Lars Bullert	FB Bildung u. Sport
Herr Werner Lindner	SL Käthe-Kollwitz-OS
Frau Sylvia Madeja	LSV-BB

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
--	-----	--------------

## **sachkundige Einwohner**

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Anja Heigl	Die Andere	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Daniel Zeller	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend

**Schriftführer/in:** Frau Gudrun Wildgrube

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung durch die Schulleiterin
- 2 Eröffnung der Sitzung
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.12.2013 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020  
2. Behandlung und ÄA Fraktion SPD  
Vorlage: 13/SVV/0800  
FB Bildung und Sport  
SB, JHA, WA KIS, FA, und betroffene OBR
  - 4.2 Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam  
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0745  
FB Soziales und Gesundheit  
Ges./Soz., JHA
  - 4.3 Neue Grundschulen als Ganztagschule planen  
Vorlage: 13/SVV/0754  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 4.4 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund  
an Potsdamer Schulen  
Vorlage: 13/SVV/0783  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Ges./Soz.
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
  - 5.1 Berichterstattung Luftschiffhafen
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Begrüßung durch die Schulleiterin**

**Frau Ohlert** begrüßt Ausschussmitglieder und Gäste in der Pierre de Coubertin-Oberschule.

Sie wirbt um Verständnis für Oberschulen und macht Ausführungen bezüglich der im Schulentwicklungsplan vorgeschlagenen Entwicklung für die Pierre de Coubertin-Oberschule. Es wird darauf hingewiesen, dass die auf Seite 181 aufgeführten Zahlen nicht korrekt seien. Die Schule arbeitet nach einem Konzept der Berufsorientierung.

Der Übergang von Klasse 10 in Klasse 11 sei wichtig, ebenso wichtig ist aber auch der Übergang von der Schule in den Beruf. Es gebe formal wenige Unterschiede zwischen den Schulformen Oberschule und Gesamtschule, jedoch erhebliche Unterschiede in der Schülerschaft. Darauf seien die Konzepte abgestellt. Sie glaube, dass die Coubertin-Oberschule für diese Schülerschaft hervorragende Arbeit leiste, was sich im Bericht der Schulvisitation widerspiegelt. 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichen den Abschluss Fachoberschulreife, welcher zum Besuch eines Gymnasiums berechtigt. Zu Bedenken gibt sie, dass im Schuljahr 2013/2014 etwa 60 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf insbesondere an den drei Potsdamer Oberschulen beschult werden. Auf dem Ganzttagsschulkongress 2013 in Berlin waren zwei Schulen aus dem Land Brandenburg zur Vorstellung ihres Konzeptes ausgewählt worden. Eine davon war die Pierre de Coubertin-Oberschule, was eine besondere Anerkennung darstellt.

Das Land Brandenburg plane ein Seminar mit der Schule zum Thema „Übergang von der Schule zum Beruf“, wobei das System der Oberschulen mit betrachtet werden soll. Das Konzept der Coubertin-Oberschule ist anerkannt. Wichtig wäre, unbedingt das Konzept der Berufsorientierung und –vorbereitung fortzusetzen, das bei veränderter Schülerschaft angepasst werden müsse. Das bewährte Förderkonzept müsse erhalten und fortgesetzt werden. Wesentlich erscheine ihr auch, dass das Augenmerk nicht nur auf kognitiven Schwerpunkten liege. Die Lehrerschaft arbeite seit neun Jahren konstant an diesem Ziel. Dieses Potential sollte nicht zerschlagen werden. Sie bittet darum, ihre Ausführungen bei der Abstimmung zum Schulentwicklungsplan zu berücksichtigen.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die fehlerhaften Zahlen bekannt seien und dies bei der redaktionellen Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes Berücksichtigung finden werde.

#### **zu 2 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.12.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Dünn** stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er

informiert, dass Ergänzungsanträge zur ausgereichten Tagesordnung vorliegen. Ergänzung zur Tagesordnung laut Antrag der Fraktion FDP, unter TOP 4.1 den offenen Brief der Lehrerinnen und Lehrer der berufsvorbereitenden Oberschule Pierre de Coubertin und unter TOP Sonstiges das Schreiben der Sportschule Potsdam zur Schließung der Leichtathletik- und Schwimmhalle im Luftschiffhafen zu behandeln. Die Verwaltung wird unter TOP 5.1 zum Luftschiffhafen Bericht erstatten.

Anträge auf Rederecht liegen vor zu TOP 4.1 für Frau Ohlert, Schulleiterin der Pierre de Coubertin-Oberschule und für Herrn Wolkenstein, Elternvertreter der Grundschule Bornstedter Feld. Mit Frau Ohlert habe er abgestimmt, dass sie ihre Ausführungen unter TOP 1 macht. Zu TOP 5.1 liegt ein Antrag auf Rederecht für Herrn Ziemer, Schulleiter der Sportschule Potsdam und Herrn Heintz, Elternvertreter der Schule vor.

**Herr Menzel** schlägt vor, die Behandlung von TOP 4.3 und TOP 4.4 bis zur Sitzung am 14.02.2014 zurückzustellen. Der Antragsteller möchte die Anträge dem Kreisschulbeirat und dem Kreiselternterrat vorlegen, um ein Feedback zu bekommen.

**Herr Dünn** informiert, dass zum Schulentwicklungsplan Änderungsanträge der Fraktion CDU/ANW und der Fraktion SPD vorliegen. Außerdem wolle Herr Klamke einen Antrag der SPD zum Luftschiffhafen zur Kenntnis geben.

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung und den beantragten Rederechten zu.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2013 gibt es keine Anmerkungen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020  
2. Behandlung und ÄA Fraktion SPD**

**Vorlage: 13/SVV/0800**

FB Bildung und Sport

SB, JHA, WA KIS, FA, und betroffene OBR

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf die Einbringung in der letzten Sitzung und schlägt vor, anhand der neuen Anträge und unter Berücksichtigung der Ausführungen von Frau Ohlert die Beschlussituation durchzugehen.

**Herr Menzel** erinnert daran, dass er in der letzten Sitzung auf widersprüchliche Zahlen hingewiesen hat und erwartet Klarstellung.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die ursprünglichen Quadratmeterangaben den KIS-Büchern zugrunde liegen. Für die aktuelle Schulentwicklungsplanung habe

man erstmalig umfangreiche Untersuchungen durch Architekten und die Freie Planungsgruppe Berlin GmbH in Auftrag gegeben. Deshalb habe man eine andere Datenbasis als beim letzten Schulentwicklungsplan. Hinweise zu Korrekturen werden in die Bearbeitung aufgenommen. Bei Verwaltungsräumen gebe es Definitionsspielräume bezüglich der Zuordnung.

**Frau Rademacher** erklärt, die 14 m<sup>2</sup> waren Erhebungen, die nicht so belastbar waren, wie die derzeitigen Zahlen. Sie habe angeboten, Herrn Menzel Einsicht in die Analyse der Voltaire-Gesamtschule zu gewähren. Fragen könne man bilateral klären.

**Herr Wollenberg** bittet um eine aktuelle Aussage der Verwaltung zu den Standorten im Potsdamer Norden.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass die Grundschule in Bornim eine Konstante sei. Inhaltlich bleibe man bei einer Grundschule. Es gebe aber verschiedene Formen und Betreibermodelle. Für eine weiterführende Schule stehen unterschiedliche Standorte zur Diskussion. Die Verwaltung sei noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Das werde sich bis zur Beschlussfassung präzisieren lassen.

**Frau Rademacher** informiert, dass das Beteiligungsverfahren zur Schulentwicklungsplanung noch nicht abgeschlossen sei. Sämtliche Schulen wurden beteiligt und aufgefordert, bis Ende Januar 2014 Anregungen und Einwände zum Schulentwicklungsplan einzureichen. Die Ergebnisse dieser Voten und Schulkonferenzbeschlüsse werden in tabellarischer Form aufbereitet und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung am 18. Februar 2014 vorgelegt. Dabei werden die Voten des Fachbereiches Bildung und Sport, des Jugendamtes, des KIS und der Stadterneuerung einfließen. Zur Problematik der Standortsuche im Potsdamer Norden erklärt sie, dass sich eine Bebauung am Standort Nedlitzer Holz als kritisch herausgestellt habe. Im Gespräch ist derzeit der ehemalige Badstandort, andere Standorte werden geprüft. Eine endgültige Antwort werde es in der Sitzung im Februar geben.

**Herr Wollenberg** erklärt, man habe in der letzten Sitzung definiert, dass der Grundschulstandort nach Krampnitz gehöre und fragt, warum die Standortsuche in Krampnitz nicht weiterverfolgt werde. Der Badstandort sei für eine Grund- oder Gesamtschule aufgrund der Nähe zur Grundschule im Bornstedter Feld nicht geeignet.

**Frau Rademacher** erklärt, dass Krampnitz, Fahrland und das Plattnergelände weiterhin bei der Standortsuche betrachtet werden.

**Herr Wollenberg** spricht sich dafür aus, Infrastrukturinteresse dem Verwertungsinteresse voranzustellen.

**Frau Erning** merkt an, dass eine kurzfristige Lösung anstehe und die Eltern in Kürze über den Sachstand informiert werden sollten.

**Herr Dünn** verweist auf die vorliegenden Anträge und schlägt vor, diese einzubringen.

**Frau Michalske-Acioglu** bringt folgenden **Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 13.01.2014** ein:

**Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Beschlussfassung des**

**Schulentwicklungsplanes folgende Ergänzungen zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten:**

- 1. Erweiterung der Montessori Schule zur Gesamtschule am derzeitigen Standort**
- 2. Errichtung einer Grundschule am Standort Bürgerhaus Bornim in Kooperation mit dem Betreiber des auf demselben Grundstück befindlichen Bürgerhauses Bornim, dem AWO Bezirksverband Potsdam.**

**Der Bericht soll der StVV abweichend von der Geschäftsordnung der StVV bis zur letzten Sitzung des Bildungsausschusses im Februar 2014 vorliegen.**

**Frau Michalske-Acioglu** erklärt, dass Schul- und Elternvertreter an die Fraktion herangetreten seien. Im Ergebnis wurde der Antrag formuliert.

**Herr Menzel** möchte wissen, wie man sich die Erweiterung des Gebäudes der Montessori-Oberschule vorstelle.

**Herr Klamke** erklärt, dass nach Aussagen der Schulleiterin eine Erweiterung durch einen Dachausbau oder einen Anbau zur Forststraße oder auch in Richtung Schlüterstraße denkbar sei.

**Herr Wollenberg** merkt an, dass der Standort der Montessori-Oberschule in der Arbeitsgruppe als nicht erweiterungsfähig eingestuft worden sei. Zu Punkt 2 fragt er, was unter einer Kooperation mit dem AWO Bezirksverband Potsdam zu verstehen sei.

**Herr Klamke** erklärt, dass es sich zunächst um eine Grundschule handelt, die 2-zügig aufwächst. Die Kooperation bezieht sich auf Ganztagsangebote mit der AWO. In die Schule können pro Klasse zwei bis drei behinderte Kinder aufgenommen werden.

**Frau Dr. Magdowski** macht Ausführungen zu dem Trägerbertreibermodell, welches die AWO mit der Grundschule in Bornim machen möchte. Die Landeshauptstadt Potsdam wäre Schulträger und würde die Zuschüsse des Landes für eine öffentliche Schule erhalten. Die AWO würde die Erbbaupacht übernehmen und den Schulbau veranlassen. Somit wäre die AWO Geschäftsbesorger der Stadt und würde Zuschüsse des Landes erhalten. Das Projekt müsse jedoch erst in den Diskussionsprozess des Landes eingebracht werden. Verhandlungen finden mit dem MBSJ statt. In anderen Bundesländern gebe es derartige Modelle.

**Herr Dr. Steinecke** merkt als Anwohner der Forststraße an, dass ein Anbau der Montessori-Oberschule sowohl zur Schlüterstraße als auch zur Forststraße unmöglich sei und nicht forciert werden sollte. Möglicherweise könne man auf dem Schulhof bauen oder auf dem Gelände, auf dem die Pro Potsdam derzeit Wohngebäude errichtet.

**Herr Wollenberg** bittet um eine konkrete Aussage des Antragstellers, ob bezüglich der Grundschule in Bornim angestrebt sei, was Frau Dr. Magdowski beschrieben hat und warum Modulbauweise erfolgen soll.

**Herr Klamke** erklärt, dass sich die Modulbauweise auf den Gebäudetyp beziehe. Es werden gleiche Module gebaut, die Stück für Stück erweitert werden. Das Gebäude solle schrittweise gebaut werden. Es handele sich dabei nicht um

Container.

**Herr Wollenberg** stellt den **Geschäftsordnungsantrag, beide Punkte getrennt abzustimmen.**

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass derzeit geprüft werde, ob das Trägerbetreibermodell im Land Brandenburg möglich sei. Die AWO würde Sekretärinnen und Lehrerschaft stellen.

**Herr Dörnbrack** gibt zu bedenken, dass es sich um eine private Schule handle, wenn die Schule durch die AWO betrieben wird und die Lehrer selbst stellt. Eine private Schule könne selbst entscheiden, welche Schüler sie aufnimmt.

**Frau Dr. Magdowski** bittet abzuwarten, ob das MBSJ so ein Innovationsmodell akzeptiert.

**Frau Michalske-Acioglu** erinnert daran, dass es sich um Prüfaufträge handelt.

**Frau Rademacher** erklärt, dass der Prüfauftrag den Beschluss zum Schulentwicklungsplan nicht tangiert, das heißt, nichts an der Beschlussformel ändern würde. Das Ergebnis des Prüfauftrages werde allerdings von den Ausschussmitgliedern vor der Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan erwartet, insofern sei es für die Beschlussfassung ein Hindernis.

**Herr Wollenberg** verweist auf seinen Geschäftsordnungsantrag. Damit könnte man entkoppeln, was der Antragsteller verfolgt. Er habe ein Problem mit Punkt 2, weil die AWO Geld wiederhaben möchte.

**Herr Dünn** bittet um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

**Herr Dünn** bittet um getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2.

**Abstimmungsergebnis Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 13.01.2014 zu Punkt 1:**

10 Stimmen dafür

Punkt 1 des Antrages wird einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 13.01.2014 zu Punkt 2:**

Zustimmung: 3  
Ablehnung: 6

Punkt 2 des Antrages wird abgelehnt.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Beschlussfassung des Schulentwicklungsplanes folgende Ergänzungen zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten:**

- Erweiterung der Montessori Schule zur Gesamtschule am

**derzeitigen Standort**  
**Der Bericht soll der StVV abweichend von der Geschäftsordnung der StVV bis zur letzten Sitzung des Bildungsausschusses im Februar 2014 vorliegen.**

**Herr Ziebarth** bringt folgenden **Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW** zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Keine Änderung

Ergänzung in folgenden Punkten:

2. Beschleunigung von Sanierungen durch Auszug in Container: bei den geplanten Sanierungen und Erweiterungen soll zur Beschleunigung der Bautätigkeiten und zum störungsfreien Unterrichtsverlauf ein Umzug in Container **an allen Standorten im Stadtgebiet** mit vorgesehen werden.
3. Notwendige Planungen für Schul- und Sportstätten (**einschließlich wettkampffähiger Großfelder**) sind grundsätzlich mit höchster Priorität durchzuführen. Das gilt besonders für die Erstellung der B-Pläne. **Hierbei sind insbesondere bei den aktuell in Arbeit befindlichen B-Plänen Rote-Kaserne West (80-2, 80 -x ) ggf. zu Lasten der Wohnbebauung ausreichend Flächen freizuhalten.** Dazu soll der Oberbürgermeister die Einsetzung einer „Task-Force“ bestehend aus Vertretern des GB 4 und GB 2 für Planung und Einrichtung aufzustellen.

Ergänzung um weitere Punkte:

4. **Schulen in freier Trägerschaft sind aktiv in die Suche nach Lösungen einzubinden. Die für die Schaffung von Schulen in freier Trägerschaft erforderliche Hilfe ist seitens der Landeshauptstadt Potsdam zu leisten. Hierbei sind auch Träger Betreibermodelle zu prüfen.**
5. **Prüfen aller Möglichkeiten, den Bau der dringend benötigten Schulen vorzuziehen. Hierzu gehört auch die Verkürzung von Baugenehmigungsverfahren sowie für den besonders betroffenen Norden das Vorziehen des Neubaus der weiteren Grundschule, ggf. unter Zurückstellung einer woanders geplanten Schule. Rechtzeitige Planung ausreichender Kapazitäten in weiterführenden Schulen insbesondere im Norden, wo eine Schuldichte vergleichbar den anderen Stadtteilen sicherzustellen ist.**
6. Die Prüfung der Punkte 1 – 5 sind vor der Beschlussfassung über den Schulentwicklungsplan 2014 – 2020 abzuschließen und in einem Bericht der SVV vorzulegen.

**Herr Wollenberg** kann den Bezug zum SPD Antrag nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht sei es ein eigener Antrag. Den Punkten 1 bis 3 könne man zustimmen. Bezüglich Punkt 4 befürchte er, dass die städtischen Schülerinnen und Schüler nicht mehr ausreichend versorgt werden und unter Umständen an privaten Schulen beschult werden müssten. Es gehe aber um die Grundversorgung mit Schulplätzen. In Punkt 5 sollte man nicht ein

Gegeneinander von Stadtteilen aufmachen. Die Wichtigkeit der Schaffung von Schulplätzen sei nicht Standortbezogen.

**Frau Drohla** führt aus, dass es nicht darum gehen kann freien Trägern die schulische Grundversorgung zu überlassen. Das sei eigenste Aufgabe der Kommune. Wichtig ist für die Schulkostenfreiheit zu sorgen.

**Herr Ziebarth** erklärt, man müsse die Klientel der Potsdamer im Auge behalten. Viele Potsdamer entscheiden sich für Schulen in freier Trägerschaft. Insofern sollte man das Potential der freien Träger nutzen.

**Frau Erning** informiert, dass die Situation im Potsdamer Norden aufgrund der fehlenden Schulplätze bereits jetzt sehr angespannt sei und Am Stern erst in zwei Jahren Kapazitäten fehlen.

**Frau Michalske-Acioglu** merkt an, dass Schulen in freier Trägerschaft natürlich eine politische Problematik seien. Sie halte die im Antrag ausgeführte Erweiterung als zu weitgehend und schlägt dem Antragsteller vor, einen eigenen Antrag der Fraktion CDU/ANW zu stellen.

**Herr Dünn** erklärt, dass der Antragsteller kein Problem damit habe, einen eigenen Antrag einzubringen.

Es schließt sich die weitere Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Herr Dünn** beendet die Debatte und bittet um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis Antrag der Fraktion CDU/ANW:**

Zustimmung:	2
Ablehnung:	7
Stimmenthaltung:	1

Der Antrag der Fraktion CDU/ANW wird abgelehnt.

**Herr Wolkenstein** erhält Rederecht und schildert die angespannte Platzsituation an der Grundschule im Bornstedter Feld. Aus der heutigen Debatte entnehme er, dass man die Priorität erkannt habe. Wichtig sei ihm, dass die temporäre Lösung an einem externen Standort komme. Deshalb begrüße er den SPD Antrag. Container und Doppelnutzung von Schule und Hort halte er für falsch, denn der Hort müsse bereits für 2014 die Betriebserlaubnis erweitern. Bei einer 150-prozentigen Auslastung der Schule werden Lehrer und Eltern Widerspruch einlegen. Nach Krampnitz sei es kein kurzer Weg für Bornstedter Kinder. Für Krampnitz sehe er einen zusätzlichen Bedarf, der bisher nicht eingerechnet wurde. Höchste Priorität sehe er für Bornim.

**Herr Menzel** fragt nach dem Soll-Ist-Vergleich der Aufenthaltsräume an Schulen, den die Verwaltung in der letzten Sitzung zugesagt hatte. Er möchte, dass sich die Priorisierung in der Investitionsplanung wiederfindet

**Frau Rademacher** informiert, dass die Listen allen Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift ausgereicht wurden. Sie erklärt, dass es sich bezüglich der Voltaire-Gesamtschule um ein Vorziehen im Wirtschaftsplan handele.

**Herr Wollenberg** merkt an, dass er die Grundschule im Bornstedter Feld besichtigt hat. Das Aufstellen von Containern auf dem Schulgelände halte er für

nicht realisierbar.

**Herr Menzel** spricht sich ebenfalls gegen eine Containerlösung aus.

**Frau Rademacher** erklärt, dass der Schulentwicklungsplan im Bildungsausschuss am 18.02.2014 abschließend behandelt werden soll. Dann könne man über das Ergebnis des Prüfauftrages informieren. Für die Schaffung von Grundschulplätzen im Potsdamer Norden seien 40 Standorte geprüft worden. Man habe keinen anderen Standort gefunden. Betrachtet wurde die Kapazität der Schule. Dabei war lediglich bei den Turnhallenkapazitäten ein gewisser Engpass zu erkennen. Bisher sei der Standort der Grundschule im Bornstedter Feld am geeignetsten. Momentan werden alle Alternativstandorte nochmal betrachtet. Ein Ergebnis wird am 18.02.2014 mitgeteilt.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Schulentwicklungsplan erst in der Sitzung am 18.02.2014 abzustimmen.

#### **zu 4.2 Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam**

##### **Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0745**

FB Soziales und Gesundheit

Ges./Soz., JHA

**Frau Latacz-Blume** erklärt, dass das letzte 2004 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Suchtkonzept den Erkenntnisstand von 2002 widerspiegelt. Nach 10 Jahren war es deshalb notwendig, neuere Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft zu berücksichtigen und in eine Fortschreibung des Konzeptes einfließen zu lassen. Dafür wurde Herr Prof. Dr. Stöver Direktor des Institutes für Suchtforschung an der Fachhochschule Frankfurt am Main gewonnen, um zusammen mit den Fachleuten in Potsdam ein modernes Konzept für die nächsten Jahre zu entwickeln. Voraussetzung für die Konzepterstellung war ein intensives und sehr breites Beteiligungsverfahren, unter anderem mit den Facharbeitskreisen, den Maßnahmeträgern, den Netzwerken der Landeshauptstadt Potsdam, Selbsthilfegruppen, lokalen Bündnissen, Krankenkassen, dem Klinikum „Ernst von Bergmann“, dem Stadtsporthaus und dem Gesundheitsamt Berlin Brandenburg e. V.

Suchtprävention ist Teil einer vorsorgenden Gesundheitspolitik, die den Aufbau der „Lebensbegleitenden Gesundheitsnetze“ in der Landeshauptstadt Potsdam und den Public-Health-Ansatz nutzt. In allen Lebensabschnitten sind sucht- oder verhaltensbedingte Risiken zu berücksichtigen. Das vorliegende Konzept ergänzt das vorherige um auch dem demographischen Wandel geschuldete Herausforderungen, schärft den Perspektivwechsel in Richtung Prävention und benennt Instrumente, die eine erfolgreiche Suchtkrankenhilfe flankieren sollten. Die Ergebnisse beschreiben einen Ist-Zustand des Substanzkonsums beziehungsweise des Suchtverhaltens von Zehntklässlern. Regelmäßiger bzw. täglicher Alkohol-, Tabak und Haschischkonsum sind in den vergangenen acht Jahren bei Brandenburger Zehntklässlern seltener geworden – das ist eine positive Bilanz. Ein deutlicher Rückgang im Alkoholkonsum ist bei den Potsdamer Schülerinnen und Schülern ebenfalls zu verzeichnen. Insbesondere die Anzahl der Jungen und Mädchen, die sich noch nie an dem sogenannten Rauschtrinken beteiligt haben, stieg im direkten Vergleich zur ersten Befragung von rund 37 % auf 50 % an. Der Tabakkonsum der Potsdamer Schülerinnen und Schüler hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre um fast die Hälfte reduziert. Im direkten Vergleich zur BJS II entwickelten sich die Werte für den Haschischkonsum in die

positive Richtung. Selten bis täglich konsumieren 0,5 % der Schülerinnen und 1,4 % der Schüler Haschisch. Somit ist die Anzahl nochmals gesunken. Die Droge Ecstasy wird noch weniger eingenommen. Ca. 95 % aller Jungen und Mädchen haben diese Droge noch nie konsumiert. Im Rahmen der zweiten Befragung (BJS II) wurden erstmals die Spielgewohnheiten der Jugendlichen und die Nutzung des Internets erfragt. Mit der dritten Befragung (BJS III) stehen nun Vergleichswerte zur Verfügung. Insbesondere Onlinespiele und soziale Netzwerke werden durch die Potsdamer Schülerinnen und Schüler immer häufiger genutzt. Man möchte Pädagogen kompetent machen. Eltern sollen Unterstützung erfahren und für die Problematik sensibilisiert werden. In einem zweijährigen Turnus wolle man Aktionspläne erarbeiten.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt das Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam zur Kenntnis.

**zu 4.3 Neue Grundschulen als Ganztagschule planen**

**Vorlage: 13/SVV/0754**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird vom Antragsteller bis zur Sitzung am 18.02.2014 zurückgestellt.

**zu 4.4 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen**

**Vorlage: 13/SVV/0783**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ges./Soz.

Der Antrag wird vom Antragsteller bis zur Sitzung am 18.02.2014 zurückgestellt.

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Berichterstattung Luftschiffhafen**

**Herr Klemund** und **Frau Runge** stellen an Hand einer Präsentation vor, welche Ursachen zur Sperrung der Hallen geführt haben. Sie machen Ausführungen bezüglich Planungen zu Ersatz- und Ad hoc Möglichkeiten sowie zur Bauunterhaltung und Instandsetzung in den vergangenen Jahren.

**Frau Runge** führt aus, dass man einen zweiten Statiker hinzugezogen habe, der das erste Ergebnis durch Vergleichsberechnungen bestätigt habe. Ohne Verringerung der Dachlast sei eine Nutzung der Leichtathletikhalle nicht möglich.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

**Dr. Henrich** kann nicht verstehen, dass die Informationen nicht an das MBSJ weitergeleitet wurden. Demzufolge stehe die Finanzierung der Sportfördermittel in Frage.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass Sie am 22.12.2013 ein Gespräch mit Herrn

Petzold geführt habe. Bei der Nutzungsuntersagung bezog sich das MBJS auf ein altes Gutachten. Hier gebe es Klärungsbedarf.

**Frau Runge** erklärt, es gebe aus heutiger Sicht keinen Gutachter, der eine Nutzung bestätigen werde.

**Herr Menzel** fragt, ob es externe Gewährleistungsverfolgung im Hinblick auf Schadensersatzanspruch gab.

**Frau Runge** erklärt, das sei Gegenstand der eingesetzten Kommission mit Herrn Erdmann und Frau Krusemark. Neben der Kommission solle ein externer Gutachter diese Fragestellung erläutern.

**Herr Wollenberg** wirbt dafür, über Perspektiven zu reden. Er informiert, dass seine Fraktion am 29.01.2014 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einbringen werde.

**Herr Klemund** erläutert, dass man mit der Landeshauptstadt Potsdam, den Bäderbetrieben und der Luftschiffhafen GmbH Lösungen für den Schwimmsport im Falle von Schneefall gesucht habe. Man habe am 4. Dezember zusätzliche Schwimmzeiten vereinbart und andere Ersatzmöglichkeiten geschaffen. Es wurde eine erste Finanzierung einer Traglufthalle angefragt. Am 10. Dezember wurde die Elternkonferenz der Sportschule informiert. Er macht Ausführungen zu weiteren in der Präsentation aufgezeigte Maßnahmen. Ziel müsse es sein, beide bestehenden Hallen wieder der Nutzung zuzuführen. Wenn das nicht gelingt, müsse ein Provisorium geschaffen werden. Schwimmen sei das schwierigere Thema. Der Idealfall wäre, eine geeignete Räumlichkeit für ein mobiles Schwimmbecken zu finden. Es wurden u.a. die Metropolishalle, die Kaligarihalle und die Biosphäre geprüft. Diese Hallen stehen nicht zur Verfügung. Er informiert über einen möglichen Aufstellort im Luftschiffhafen und macht Ausführungen zu drei potentiellen Flächen für die Aufstellung einer Traglufthalle.

**Herr Klamke** fragt, ob man mit der LBS bezüglich des angrenzenden Geländes Gespräche geführt habe.

**Frau Rademacher** erklärt, die Standortprüfung sei noch nicht abgeschlossen. Die Stadt prüfe darüber hinaus eigene Standorte. Ein entsprechender Prüfauftrag wurde durch den Fachbereich an die Stadtplanung erteilt. Das genannte Grundstück wurde bereits in die Prüfung einbezogen.

**Herr Klamke** fragt nach dem zeitlichen Ablauf für die Behebung des Schadens an beiden Hallen.

**Frau Runge** erklärt, dass der Austausch der Aufhängepunkte bei der Schwimmhalle geplant sei. Parallel werden die Spannungsrisse geprüft. Laut Statiker komme ein Versagen plötzlich und kündige sich nicht an. Wenn festgestellt wird, dass der Stahl nicht zu Spannungsrisse neigt, gehe man davon aus, dass die Halle im Mai wieder nutzbar ist.

**Herr Ziemer** erhält Rederecht und verweist auf die Situation der Sportschule sowie die bevorstehende Einschulung. Er habe Bewerbungen für 120 Kinder. Es bestehe die Befürchtung, dass große Talente und TOP-Nachwuchs in den Sportarten Leichtathletik und Schwimmen an andere Schulen abwandern. Jetzt habe man den Stundenplan auf die neuen Bedingungen umgestellt und sei darauf eingerichtet, ½ Jahr Notlösungen zu fahren. Länger könne man die

Situation allerdings nicht halten. Das heißt, man brauche zum Schuljahresbeginn 2014/2015 eine Lösung.

**Herr Heintz** stellt fest, dass zu vielen Punkten, die man im Hauptausschuss angemahnt habe, heute Aussagen getroffen wurden. Er vermisst Aussagen zu den Zeitabläufen für die Zukunft.

**Herr Klemund** meint, wenn es optimal laufe, könne man die Schwimmhalle im Mai aufmachen.

**Herr Heintz** bittet darum, im Februar die zeitliche Linie aufzuzeigen.

**Herr Klemund** erklärt, dass es zum Schuljahr 2014/2015 eine Lösung geben werde. Für die Einschulung werden die Stadt und alle Mitsstreiter die Voraussetzungen schaffen.

**Herr Heintz** fragt, ob er diese Aussage an die Eltern weitergeben könne.

**Herr Wollenberg** schlägt vor, dies erst nach der Stadtverordnetenversammlung am 29.01.2014 zu tun, wenn der eingebrachte Antrag beschlossen wurde.

## **zu 6      Sonstiges**

Es gibt keinen Redebedarf. Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

Hans-Wilhelm Dünn  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin